

Kampf wider die Staatsmedien

SVP-Nationalrätin Natalie Rickli will tiefere SRG-Gebühren durchsetzen – vorerst erfolglos

Von Erik Ebnetter

Bern. Ihr Aufstieg erfolgte schnell. Vor fünf Jahren war sie ausserhalb Winterthurs noch nahezu unbekannt, inzwischen kennt die halbe Schweiz ihr Gesicht. Natalie Rickli, 34-jährige Nationalrätin der SVP, hat in ihrer ersten Legislatur nicht still und leise Erfahrungen gesammelt, wie dies in Bern von Neulingen erwartet wird, sie suchte gleich die grosse Bühne: Das Sexualstrafrecht und die SRG-Gebühren sind ihre politischen Steckenpferde – emotionale Themen, die öffentliches Interesse garantieren.

Gestern war es in Bern wieder so weit: Der Nationalrat behandelte drei Geschäfte, die allesamt die SRG-Gebühren betrafen (und teilweise auf Rickli zurückgehen). Im Kern ging es um die Frage, wie künftig die Empfangsgebühren erhoben werden sollen. Bislang galt das Prinzip, dass zahlen muss, wer ein Fernsehgerät oder ein Radio besitzt. Dieses Modell ist aber «Schnee von gestern» (Bundesrätin Doris Leuthard), denn mittlerweile ist es möglich, die SRG-Programme mittels Computer und Handy zu empfangen.

Hier die SVP, dort die anderen

Der Nationalrat hat deshalb entschieden, dass künftig alle Haushalte SRG-Gebühren zahlen sollen, unabhängig davon, ob sie die Programme der staatlichen Radio- und Fernsehsender konsumieren oder nicht. Der Entscheid fiel deutlich, mit 111 gegen 52 Stimmen bei 3 Enthaltungen. Die Trennlinie verlief dabei ziemlich genau entlang der Parteigrenzen: hier die SVP, die gegen

das neue Gebührenmodell stimmte, dort die anderen.

Natalie Rickli hatte zu diesem Zeitpunkt ihren Auftritt bereits hinter sich. Gekleidet in einen dunkelblauen Blazer und ein helles Top, die blonden Haare offen, war sie ans Rednerpult getreten, um «vehement» ein sogenanntes Opting-out-Modell zu fordern. Ein solches sieht vor, dass Haushalte und Unternehmen von den Gebühren befreit würden, sofern sie nachweisen könnten, dass sie keine SRG-Programme konsumieren. Eine Gebühr, die ohne Ausnahme alle Haushalte trifft, sei demgegenüber eine bloss «Mediensteuer». Ihre Ratskollegen überzeugte Rickli damit nicht. Der Nationalrat entschied, lediglich kleine Firmen und sozial Schwache von den Gebühren zu befreien.

200 Franken sollen genügen

Es war nicht Ricklis einzige Niederlage am gestrigen Tag. Im Mai hatte sie eine Petition eingereicht, die eine Reduktion der SRG-Gebühren fordert, von heute 462 auf künftig 200 Franken. Mehr als 140 000 Personen hatten den Vorstoss unterstützt. Als Rickli gestern die Petition vor dem Rat vertrat, warf sie der SRG vor, zu wenig auf die Gebührenzahler Rücksicht zu nehmen. Sie schlug deshalb eine Art öffentliches Podium vor, um die Probleme zu diskutieren, ähnlich den «Town-Hall-Meetings» in den USA. Dass die SRG diesem Wunsch nachkommen wird, ist unwahrscheinlich. Gestern lehnte der Nationalrat die Gebührenreduktion deutlich ab, mit 107 zu 56 Stimmen bei 3 Enthaltungen.

Doch so deutlich die Mehrheitsverhältnisse im Rat waren, gelang es Rickli trotzdem, ihre Gegner aus der Reserve zu locken. Stein des Anstosses war ihr Arbeitgeber, die Goldbach Group. Diese vermarktet die Schweizer Werbefenster deutscher Privatfernsehsender. Immer wieder wird Rickli vorgeworfen, ihr politisches Engagement gegen die SRG sei ihrem Arbeitgeber geschuldet. Gestern übernahm SP-Nationalrat Roger Nordmann (VD) die Rolle des Anklägers. Ob es denn nicht problematisch sei, wenn sie als Vertreterin der Medienbranche gegen die SRG politisiere, wollte Nordmann wissen. Rickli konterte: «Im Milizsystem ist es üblich, dass Politiker noch einen Beruf haben. Ich weiss, in Ihrer Partei ist das etwas anders.» Buh-Rufe im Saal, Klatschen.

Vorerst ist Natalie Rickli mit ihrer Offensive gegen die SRG gescheitert. Das war angesichts der Mehrheitsverhältnisse im Parlament absehbar. Ihr Engagement für tiefere Gebühren sollte man deshalb nicht vorschnell abschreiben. Rickli ist überaus zielstrebig, sie hat es in der Vergangenheit bewiesen. «In acht Jahren will ich im Nationalrat sitzen», sagte sie 1999 der TV-Zeitschrift «TR7». 2007 wurde sie ge-

Gebühren runter. Natalie Rickli im Mai 2011, als sie ihre Petition einreichte.

Foto Keystone



Shoppern im Web wird günstiger

Post senkt die Zolltarife

Von Markus Prazeller, Bern

Wer im Internet einkauft, spart nicht selten viel Geld. So möchte man zumindest meinen. Das schicke Computerprogramm, um den Ferienfilm zu schneiden, kostet im Onlineshop gerade mal fünfzig Franken – statt den achtzig im Computergeschäft. Spätestens mit dem Brief der Zollverwaltung dürfte dem Freizeitfilmer aber die Freude vergehen: Für die Kosten der Zollabfertigung muss er bisher – je nach Zolltarif – bis zu 43 Franken zahlen (GLS-Tarif). Das vermeintliche Schnäppchen ist nun sogar teurer als im Laden.

Das soll sich nun ändern. Die Post kündigte gestern an, dass sie die Verzollungspreise für Geschäfts- und Expresssendungen aus dem Ausland ab März 2012 senken will. Künftig gelte ein Einheitsstarif. Die Verzollungspreise werden demnach nicht mehr aufgrund des Versandkanals berechnet, sondern sind abhängig vom Warenwert und dem Herkunftsland. Besonders die Zollabfertigung von Sendungen aus den Nachbarländern der Schweiz wird so deutlich günstiger.

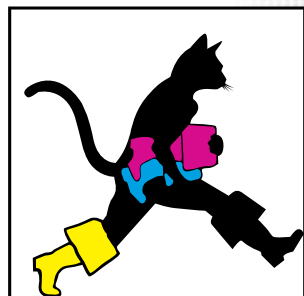
Die Post begründet die Preissenkungen mit der Zunahme von Kundenreklamationen. In letzter Zeit war jedoch auch der politische Druck auf das Unternehmen grösser geworden. Nachdem das Parlament einen entsprechenden Vorstoss von Nationalrätin Susanne Leutenegger Oberholzer (SP, BL) gutgeheissen hatte, intervenierte kürzlich auch der eidgenössische Preisüberwacher Stefan Meierhans bei der Post – mit Erfolg. Die jüngste Vereinbarung trage zur Marktöffnung und rascheren Weitergabe von Wechselkursvorteilen bei, schrieb Meierhans gestern.

ANZEIGE

«Schueh dubi dubi dubi...»

Der neue Botty!

Jetzt an der Gerbergasse 44 in Basel



Botty®

Eröffnungsfeier

Donnerstag, 15.09.2011 bis Samstag, 17.09.2011

mit 10% Rabatt

Botty Basel AG | Gerbergasse 44 | 4001 Basel | +41 61 261 51 11 | info@botty-basel.ch | www.botty-basel.ch
Öffnungszeiten: Mo-Mi 09:00 - 18:30 Uhr | Do 09:00 - 20:00 Uhr | Fr 09:00 - 18:30 Uhr | Sa 09:00 - 18:00 Uhr